

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur: 211
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am 24. Juli 1933.

W i e n e r G e m e i n d e r a t
Sitzung vom 24. Juli 1933.

Bürgermeister Seitz eröffnet die Sitzung um 18 Uhr. Es wird in die Tagesordnung eingegangen. Zunächst beantragt St.R. Speiser die Wahl des amtsführenden Stadtrates der Verwaltungsgruppe VII, Karl Honay, zum amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe III auf die Dauer der Abwesenheit des amtsführenden Stadtrates der Verwaltungsgruppe III, Professor Dr. Julius Tandler, vom 1. Oktober 1933 bis voraussichtlich Februar 1934. Der Verzicht des amtsführenden Stadtrates Prof. Dr. Tandler auf seine Bezüge während dieser Zeit wird zur Kenntnis genommen.

Die Wahl wird durchgeführt und amtsführenden St.R. Honay zum amtsführenden Stadtrat der Verwaltungsgruppe III gewählt.

St.R. Speiser berichtet nunmehr über die Neuregelung der Bezüge der städtischen Angestellten. Er führt unter anderem aus: Die Wiener Gemeindeverwaltung hat bis jetzt Kürzungen der Bezüge ihrer Angestellten und Arbeiter, soweit es nur irgend möglich war, zu vermeiden gesucht. Seit dem Jahre 1919 sind bis zum Jahre 1931 nur Bezugserhöhungen vorgenommen worden, die allerdings vielfach auch mit Steigerungen der Arbeitsleistungen verbunden waren. Im Interesse der Stadt Wien und deren Bevölkerung hat die Gemeindeverwaltung in Aemtern, Schulen, Betrieben und Unternehmungen Reformen durchgeführt, die alle eine sparsame und gut arbeitende Verwaltung - und Betriebsmaschinerie mit gut bezahltem und freudig mitarbeitendem Personal zum Ziel hatten. Eine Verschlechterung der Bezugsverhältnisse dieses städtischen Personals jeder Art ist für die Gemeindeverwaltung äusserst unerwünscht. Jede Senkung von Gehältern und Löhnen trifft die allgemeine Wirtschaft durch die mit ihr verbundene Konsumeinschränkung schwer. Jede solche Senkung verringert auch in irgend einer Weise die Lebenshaltung und damit die Arbeitskraft des Personals. Die würgende Wirtschaftsnot und die aus ihr entstandenen Verhältnisse und Zustände haben die gute Absicht der Gemeindeverwaltung, ihrem Personal für die tatkräftige und freudige Arbeit stets das Beste zuzuwenden, leider bis zu einem gewissen Grad vernichtet. Als die Wirtschaftskrise sich im Jahre 1931 zum ersten Mal auch auf eine wohlgeordnete Verwaltung stark auswirkte, war die Gemeindeverwaltung gezwungen, auch ihren Angestellten und Arbeitern eine Lohnkürzung im Ausmasse von 3 1/2 bis 6 1/2 % auszu-erlegen. Nun kämpft die Gemeindeverwaltung unter immer schwierigeren Verhältnissen gegen die ungeheuerlich verstärkte Auswirkung der Krise. Schon seit 1930 haben Sparmassnahmen auf dem Sachgebiete eingesetzt und immer mehr wurden seither die einzelnen Ansätze des Budgets nach Sparmöglichkeiten durchforscht und ein Haushaltsvoranschlag nach dem anderen weist seit diesem Jahre stark ansteigende Einsparungen auf, die auf manchem Gebiet schon fast unerträglich werden. Den "guten" Ratschlägen, endlich doch auf dem Personalgebiet die entscheidenden Ersparungen zu suchen, hat die Gemeindeverwaltung bisher im Interesse der gesamten Wirtschaft und des eigenpflichtigen Personals stets widerstanden. Nun sind die letzten Hoffnungen auf die Beseitigung oder doch wenigstens Milderung der Krise zunichte geworden, nun sind durch die Notverordnungen der Bundesregierung viele Millionen Schilling dem städti-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am

schon Budget entzogen worden, nun sind die letzten Reserven einer vorausschauenden und sparsamen Verwaltung angegriffen und werden noch heuer verbraucht sein, nun muss die Wiener Gemeindeverwaltung zu dem Mittel greifen, gegen dessen Anwendung sie sich so lange gesträubt hat, sie muss nun die Bezüge des gesamten Personales in beddütendem Masse kürzen.

Für das Jahr 1933 war noch ein Voranschlag erstellt, der einen im Verhältnis zu den grossen Ziffern des Budgets nicht allzu sehr ins Gewicht fallenden Abgang von 1.7 Millionen Schilling auswies. Wie der Finanzreferent im Finanzausschuss vorgestern berichtet hat, ist über das vorsichtig angenommene rückläufige Ergebnis der Einnahmen hinaus durch Rückgänge auf dem Gebiet der Steuereinnahmen und ähnlichen Gebieten für das Jahr 1933 ein weiterer Abgang von 20 Millionen Schilling vorausgesehen. Die Ertragsanteile Wiens bleiben infolge des Sinkens der Steuerkraft und infolge der bekannten Massnahmen des Bundes gegen die Gemeinde schätzungsweise um weitere 32.4 Millionen Schilling zurück. Die Auswirkung des neuen Krankenanstaltengesetzes verschlechtert die Lage der Gemeinde um 6. Millionen Schilling, durch den Entzug der Steuer-einhebung verliert die Gemeinde heuer 2.8 Millionen Schilling und der Bund hat die 300 Beamten, die mit der Steuerhebung für den Bund beschäftigt waren, nicht übernommen, sodass die Gemeinde für sie auch weiterhin Gehalte oder Pensionen zu tragen hat. Der Finanzreferent/^{hat das} infolge der veränderten Lage entstandene Defizit mit einer Summe von 60 bis 65 Millionen Schilling berechnet.

So wie die Gemeinde schon zu Beginn des heurigen Jahres an die Angestellten der städtischen Strassenbahnen, ein s Unternehmens, auf das sich die Wirtschaftskrise ganz besonders ausgewirkt hat, herantreten musste, um von diesen Angestellten zur Verbesserung der Lage des Unternehmens Bezugskürzungen zu verlangen, so musste sie sich nunmehr unter dem Druck der gänzlich veränderten Finanzlage der Stadt an alle übrigen Angestellten und Arbeiter mit dem gleichen Begehren wenden. In vielwöchigen Verhandlungen habe ich die Lage der Gemeinde, ihrer Betriebe und Unternehmungen mit den Vertretern der einzelnen Gruppen des Personales und mit den im Vertragsverhältnis zur Gemeinde stehenden Gewerkschaften erörtert.

Im Laufe dieser Verhandlungen wurden dem Personal alle gewünschten Auskünfte gegeben, die bisherigen Sparmassnahmen wurden durchbesprochen und Hinweise auf neue Sparmassnahmen, wo sie sich durchführbar erweisen, gerne aufgenommen.

Die Vertreter des Personals nahmen Gelegenheit, die anvertrauten Interessen verschiedener Gruppen aufzuzeigen und mit guten Gründen zu verteidigen. Wenn sich nun, wie ich heute dem Gemeinderate mit Genugtuung berichten kann, die Organisationen des Personales bereitgefunden haben, dem Ersuchen der Gemeindeverwaltung entsprechend aus freiem Entschluss in eine sehr ins Gewicht fallende Herabsetzung ihrer Bezüge einzuwilligen, so ist dieses einerseits ein Beweis dafür, dass die unbedingte Notwendigkeit der Gehaltsabstriche vor den Vertretern des Personals durch die Darlegungen der Gemeindeverwaltung erwiesen werden konnte, es ist aber auch andererseits ein Beweis für die Solidarität der gesamten Angestellten-schaft, Lehrerschaft und Arbeiterschaft der Stadt mit dem schwer leiden-

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

III. Blatt

Wien, am.....

den Volk dieser Stadt.

Ich muss rühmend hervorheben, dass während all dieser Verhandlungen von all den Gruppen des Personales stets anerkannt, ja sogar aus eigenem ausgesprochen wurde, dass die Leistungen der Stadt für Fürsorge und Schule und soziale Zwecke überhaupt nach Möglichkeit unangetastet bleiben sollen und dass soviel Mittel als nur irgend möglich für Beschaffung von Arbeit und damit für die Linderung der Arbeitslosigkeit der Bürger dieser Stadt bereitgestellt werden sollen.

St.R. Speiser bespricht sodann die schon bekannten Notmassnahmen und fährt sodann fort:

Die Bezüge der Funktionäre der Gemeinde Wien werden bekanntlich nicht nach dem Besoldungsschema der Gemeindeangestellten, sondern nach dem der Bundesangestellten geregelt. Daher sind diese Bezüge, wie beim Bund und darüber hinaus, schon im Jahre 1931 erheblich gekürzt worden, während die Gemeindeangestellten damals nur eine 3.5 bis 6.5 %ige Kürzung ihrer Bezüge erfahren haben. Die Funktionäre erhalten entsprechend dem Bundesschema auch keine Sonderzahlungen. Der Bürgermeister, die amtsführenden Stadträte und die nicht amtsführenden Stadträte haben jedoch am 1. Juli 1933 auf 15 % ihrer Bezüge verzichtet und so die Kürzung, die die Angestellten zum grössten Teil durch den Wegfall der Sonderzahlungen erfahren, bei den Monatsbezügen auf sich genommen. Da diese Funktionäre bereits im Jahre 1931 eine Verminderung ihrer Bezüge um 20 Prozent erfahren haben, so beträgt ihre gesamte Kürzung jetzt bereits etwa ein Drittel der früheren Bezüge. Die Bezüge der übrigen Funktionäre der Gemeinde (Gemeinderäte, Bezirksvorsteher und Bezirksvorsteher-Stellvertreter, Fürsorgeinstitutsvorsteher und deren Stellvertreter) werden um 4 1/2 Prozent gekürzt. Die Pensionsbezüge von Funktionären und deren Hinterbliebenen werden nach den neuen Pensionsbestimmungen der Angestellten behandelt, erfahren demnach auch eine Kürzung um 17 Prozent, obwohl bei ihnen sowie bei den aktiven Funktionären Sonderzahlungen nicht vorhanden waren. Für das Budget der Gemeinde ergibt sich durch die Bezugskürzung für das zweite Halbjahr 1933 eine Summe von etwa 12 1/2 Millionen Schilling. Bei den Unternehmungen wird das Ergebnis der Abschlüsse auf etwa 5 bis 6 Millionen Schilling geschätzt. Vom Personalbudget des Magistrates im Ausmass von 180 Millionen Schilling wird durch Abstriche ein Betrag von etwa 7 Prozent heringebracht. Gemeindevorwaltung und Vertretung des Personales haben nach langen mühseligen Verhandlungen jede mittlere Linie gefunden, die in einer die Interessen der Verwaltung und des Personals so tief berührenden Frage einen Ausgleich zwischen den Interessen der Gesamtbevölkerung dieser Stadt und den Interessen der städtischen Angestellten und Arbeiter bringt. So schmerzlich es ist, dass die Kürzungen der Bezüge vorgenommen werden müssen, so kann doch die Tatsache, dass auch in einer heiklen und schwierigen Frage die Bildung einer einheitlichen Meinung und der Abschluss von Vorträgen auf Grund dieser Meinung möglich war, mit Stolz und Genugtuung hervorgehoben werden. Denn dieser Abschluss beweist, dass die schwierigsten Fragen im Wege der Vereinbarung auf dem Boden der Demokratie gelöst werden können. Deshalb dankt die Gemeindevorwaltung den Angestellten und Arbeitern und ihren Vertretern für den Beweis brüderlicher Solidarität mit dem Wiener Volk, die sich in diesem Abschluss kund gibt, und für den Beweis demokratischer Gesinnung, die diesem Abschluss zu Grunde liegt. (Beifall und Mehrheit).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt

Wien, am.....

GR. Stöger (christl. soz.) führt aus, dass wieder einmal der Marxistenweisheit letzter Schluss sei, die Goldknappheit in den Gemeindokassen durch eine Lohnkürzung beim städtischen Personal wettzumachen. ~~Nur~~ Der Bund hat, trotzdem er unter der Wirtschaftskrise nicht weniger leidet als die Gemeinde Wien, sein Versprechen, die Bezüge seines Personales nicht mehr zu kürzen, mit schwerster Mühe gehalten. Die Gemeindeverwaltung bringt es aber fertig, einem schwerverschuldetem Personal mit einem Ruck 15 bis 20 Prozent seiner Bezüge und mehr wozunehmen. Die Vorlage ist ein neuer Beweis, dass die Austromarxisten vielleicht sehr geeignet sein mögen zur Opposition, niemals aber zur Verwaltung, noch dazu eines Gemeinwesens von der Grösse Wiens. Seit sie die Verwaltung dieser Stadt in den Händen haben, waren sie immer nur bestrebt, die Ererungenschaften, die das städtische Personal unter der christlichsozialen Herrschaft erworben hat, abzubauen. Die Vorlage ist auch ein merkwürdiger Beweis für die viel gerühmte Demokratie der Sozialdemokraten. Wenn beim Bund derart einschneidende Massnahmen beschlossen werden, wird die Vorlage dem 25er Ausschuss unterbreitet, in dem alle Parteien vertreten sind. Die Gemeindeverwaltung verhandelt nur mit dem Verband der städtischen Angestellten, der ihr genehm ist. Man kann hier von einem Verhandlungsergebnis überhaupt nicht reden. Mit unerhörter Brutalität hat der selbe Dienstgeber, der einst dem städtischen Personal zurief, ihr braucht nur zu fordern, um die Bedeckung haben sich andere zu kümmern, am Beginn der Beratungen die Erklärung abgegeben, wenn das Personal eine bestimmte Summe nicht bewilligen wolle, dann werde er sich die Genehmigung zur Kürzung durch einen Gemeinderatsbeschluss holen. Das städtische Personal hat im ^{dem} Verband der städtischen Angestellten keinen aufrechten Vertreter es könnte daher für dieses Personal nur einen einzigen vernünftigen Schluss geben: aus dem Verband auszutreten, der nur ein Spielball, wenn nichts Schlimmeres in den Händen des Dienstgebers ist. Der sozialdemokratischen Ausmachung der Personalbehandlung ist es zu verdanken, dass in den weitesten Schichten der Bevölkerung über die Bezüge des städtischen Personals eine ganz falsche Vorstellung herrscht. Der Redner bespricht eingehend die jeweils vom Bund und der Gemeinde bewilligten Gehaltserhöhungen und sonstigen Zuwendungen und zieht daraus den Schluss, dass der Bund gegenüber seinen Angestellten jederzeit mehr Entgegenkommen gezeigt habe. Nur wenige Lichtblicke erhellen diese Vorlage und auch diese sind parteiisch aufgeklärt. Er beantragt die Einschaltung einer Bestimmung, wonach den Angestellten, die vor der während des Krieges zurückgelegten Militärdienstzeit bereits provisorisch im Dienste der Gemeinde standen und nach der Rückkehr aus der Militärdienstzeit wieder in den Gemeindedienst aufgenommen wurden, die Kriegsmehrdienstzeit unter den selben Bedingungen anzurechnen ^{ist} wie den übrigen Angestellten.

Gewiss muss zugegeben werden, dass eine Reihe von Gruppen des städtischen Personals besser entlohnt ist als andere öffentliche Angestellte, aber den Vorsprung besteht seit 1898 und wird, seit dem die Sozialdemokraten am Ruder sind, planmässig abgebaut. Als Dr. Lueger im Jänner 1898 seine mustergiltige Kommunalwirtschaftspolitik begann, hat er als kluger Verwalter und aufrichtiger Freund der Arbeiter und des Personals die beträchtliche Arbeitsintensivierung und die gesteigerte Last der Verantwortung nicht unbelohnt gelassen. Unter der sozialdemokratischen

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am.....

Herrschaft setzte eine unmenschliche Arbeitsintensivierung ein, wurde eine kaum tragbare Last der Verantwortung vielen städtischen Angestellten aufgebürdet und die Errungenschaften der christlichsozialen Herrschaft wurden ziel- und planmässig abgebaut.

Um die unleugbare Ebbe in den Gemeindekassen zu beheben, müsste mit einer wirklichen Verwaltungsreform eingesetzt werden, die ohne Rücksicht auf das Parteiinteresse von oben zu beginnen hätte. Das ganze Verwaltungsgebiet des Magistrates war einst in vier Gruppen geteilt, an deren Spitze Berufsbeamte standen. Heute haben wir ^{nicht} ungekürzte Könige, einen regierenden Herzog und einen ungekürzten Kaiser im Lande Wien und jeder dieser Herrscher will in seinem Königreich für die herrschende Partei etwas Besonderes leisten. Die Vorlage ist ein bereicherter Beweis dafür, dass die herrschende Gemeindeverwaltung bei jeder Liebe zum Personal ist und, was die kinderreichen Familien anbelangt, geradezu als ein hinführendes Verbrechen bezeichnet werden muss. Wir können nur den einen Wunsch hegen, dass diese Vorlage dazu beitragen möge, dass die Vielen, die noch von dem roten Irrwahn befallen sind, endlich erwachen. Die Vorlage kann nur den brennenden Wunsch auslösen, es möge die Bevölkerung auf die heutige Rathauswirtschaft bald zurückblicken können, wie auf einen überwundenen bösen Traum, es möge in diesem Hause wieder heimisch werden der Wille und Geist des grossen Volksbürgermeisters Karl Lueger. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VI. Blatt

Wien, am

G. R. Holoubok (chr. soz.) bemerkt, er glaube, dass der Referent es selbst unangenehm empfinde, solche Kostproben von Lehrer-, Beamten- und Arbeiterfreundlichkeit im Gemeinderat vertreten zu müssen. Man muss sich/heute daran erinnern, dass gerade die städtischen Angestellten nach dem Umsturz der Mehrheit in grossen Massen zugeströmt sind, da sie nach allen Versprechungen, die man den Angestellten und Arbeitern immer gemacht hatte, erhofften, dass nunmehr die Rathausmehrheit für die städtischen Angestellten das paradiesische Zeitalter einleiten werde. Sehr bald sind allerdings die städt. Angestellten darauf gekommen, dass es sich bei allen Versprechungen nur um Popularitätshascherei gehandelt habe. Jetzt, wo man mit derartigen Massnahmen gegen die Beamtschaft vorgeht, braucht man Prügelknaben. Der eine dieser Prügelknaben ist die Wirtschaftskrise. Nun hat aber die soz. dem. Partei gar nichts getan, um die Wirtschaftskrise zu mildern, sie hat im Gegenteil durch ihre Steuerpolitik alles dazu beigetragen, um die Wirtschaft zum Ausbluten zu bringen. Der zweite Prügelknabe ist der Bund, der für alles verantwortlich sein soll. Nur verschmäht man, dass aus den Ertragsanteilen des Bundes von 1924 bis 1932 nicht weniger als 956 Millionen der Gemeindekasse zugeflossen sind. Der Bund hat zweifellos weitaus grössere Aufgaben zu erfüllen als die Gemeinde und die Gemeinde sollte sich vor Augen halten, dass, wenn der Bund nicht gedeiht, auch die Gemeinde nicht gedeihen kann. Eine Partei wie die sozialdemokratische müsste sich auf den Standpunkt stellen, dass der Lohn und Gehalt eine Grundlage für das wirtschaftliche Gedeihen ist und dass Lohn- und Gehaltskürzungen die Wirtschaftslage verschlechtern müssen. Da hat man von Gemeinde wegen den erwerbenden Luxus ausgeschaltet, hat aber in der Gemeinde selbst einen übertriebenen Luxus getrieben. Jetzt hat man es so weit gebracht, dass die städtischen Angestellten grosse Opfer bringen, und dass sich die Gemeinde in ihren Investitionen grosse Einschränkungen auferlegen muss. Das ist der Weisheit letzter Schluss. Es ist Verrat am Sozialismus, was Sie hier treiben und Sie werden es unter diesen Umständen verstehen, dass wir die Zumutungen, die Sie hier an die städtischen Angestellten stellen, mit Entrüstung ablehnen (Lebh. Beif. bl. b. d. Chr. soz.)

GR. Dr. Wernisch (chr. soz.) bemerkt, wenn man mit allen seinen Grundsätzen so brechen muss, wie es die Mehrheit tut, in dem sie diese Vorlagen einbringt, so heisst das nichts anderes, als das man die Flinte ins Korn wirft, weil man nicht mehr weiter kann. Die Massnahmen, die da dem Personal zugemutet werden, sind das äusserste Auskunftsmittel, das überhaupt in Betracht gezogen werden kann. Ehe die Gemeindeverwaltung zu diesen Massnahmen greift, hätte sie prüfen müssen, ob sie sie nicht auf andere Weise vermeiden kann. Wir haben Ihnen durch die Jahre gezeigt, wie man sparen könnte, wir haben aber zu tauben Ohren geredet. Schon die Vorredner haben gezeigt, auf welche Weise gespart werden könnte. Noch eine Sparmassnahme, die möglich wäre! Es ist z. B. nicht notwendig, dass ein alleinstehender Mann mit einem Monatseinkommen von ca 600 S 27 S Mietzuschuss im Monat bekommt. Eine Durchsicht der bewilligter Zuschüsse würde grosse Ersparnisse bringen. Der Redner wendet sich sodann dagegen, dass die in den Vorlagen durchgeführte Staffelung eine soziale zu nennen sei. In Wirklichkeit betragen die Kürzungen generell 4,2 Prozent und für die Einzelgehälter 10 Prozent. Das heisst, man hat

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VII. Blatt

Wien, am.....

wider alle sozialen Grundsätze Streichungen von 4'5 Prozent linear durchgeführt, so dass gerade noch Ruhegehälter von 100 S und Aktivitätsbezüge von 200 S von den Abzügen freilassen werden. Das ist keine soziale Abstufung. So wie bisher kann es in der Gemeinde nicht weiter gehen. Man will Ersparungen machen, um weiter den Luxus der Wohnhausbauten treiben zu können. Man hat um teures Geld Wohnungen geschaffen und hat diese Wohnungen ganz nach den Grundsätzen der Mehrheit vielfach an sehr wohlhabende zugereichte Leute vergeben. Dagegen haben sehr viele städt. Angestellte ~~hätte~~ noch keine Wohnung. Diesen armen Leute, deren Bezüge jetzt so gekürzt werden, könnte man wenigstens ein Äquivalent durch Zuweisung einer Wohnung geben, und dafür den Wohlhabenden in den Gemeindehäusern einen höheren Mietzins auferlegen. Hier könnten Sie zeigen, ob Sie sozial denken. Der Redner erklärt schliesslich, dass seine Partei aus ihren sozialen Gewissen heraus, die Vorlage ablehnen werde. (Lebh. Beif. b. d. Chr. soz.)

St. R. Speiser bemerkt in seinem Schlusswort, G. R. Holoubek habe mit seiner Behauptung sicherlich recht, dass es ihm als Referenten nicht angenehm sei, im Gemeinderat Vorlagen vertreten zu müssen, durch die den städt. Angestellten die ihre Arbeit immer treu geleistet haben, die Bezüge gekürzt werden. Aber die Mehrheit steht bei diesen Kürzungen unter einem harten Zwang unter den sie vor allem durch die Kürzungen gesetzt wurde, die der Gemeinde Wien durch die Notverordnungen zugemutet werden. G. R. Holoubek hat vorgerechnet, wieviele Millionen Ertragsanteile der Gemeinde vom Bund im Laufe der Jahre gegeben worden sind. Demgegenüber sei festgestellt, dass sich die Gemeinde wiederholt bereit erklärt hat, auf diese Ertragsanteile zu verzichten, wenn ihr wieder das Steuerzuschlagsrecht gegeben würde. Gewiss ist es für die Wirtschaft immer schlecht, wenn Angestellten und Arbeitern die Bezüge gekürzt werden, aber die chr. soz. Redner vergessen nur, dass von Bundes wegen diese Politik der Kürzung von Angestellten bezügen viel früher und ausgiebiger praktiziert wurde, als von Seite der Gemeinde. Sie Eisenbahner, die Sozialversicherungsangestellten, die Arbeitslosen können davon ein Lied singen. Es wird soviel davon gesprochen, dass sich die Gemeinde in den vergangenen Jahren einen besonderen Luxus erlaubt hätte. Richtig ist, dass in Zeiten wie den heutigen, Bauten, wie das Stadion und das Amalienbad nicht durchgeführt wurden, und es ist traurig, dass dergleichen heute nicht möglich ist. Aber diese Bauten, ^{sollten} zu jenen Zeiten als sie durchgeführt wurden ~~...~~ allgemein anerkannten Zwecken der Gesundheitspflege und der Sozialpolitik dienen und gerade solche Bauten haben zu jenen Zeiten dazu beigetragen, dass damals die Arbeitslosigkeit in Wien viel geringer war als in anderen Bundesländern.

Wenn hier gesagt worden ist, dass wir die Flinte ins Korn werfen, so ist darauf zu erwidern, dass diese Vorlage der Ausdruck des Willens der Mehrheit in diesem Saale ist, die Verwaltung dieser Stadt in vollkommen geregelten Bahnen zu erhalten, den Angestellten dieser Stadt ihre Bezüge zu garantieren und die Wirtschaft dieser Stadt auch in Zukunft in vollkommen ordnungsmässiger Weise zu führen. Der Vorwurf, dass diese Vorlage unsozial sei, trifft nicht zu, da ja schon das Schema eine soziale Staffelung aufweist.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

VIII. Blatt

Wien, am.....

Zu dem Antrage Stöger auf Anrechnung der Kriegsmohrdienstzeit bemerkt der Berichterstatter, dass bei den ausführlichen Erörterungen dieser Frage zugesagt wurde, durch individuelle Lösungen Abhilfe zu schaffen, und er beantragt, diesen Antrag der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zuzuführen.

Der Hinweis auf den 25er Ausschuss sei unzulässig, denn dieser Ausschuss konnte nur seiner Meinung Ausdruck geben. Wenn aber, wie im Jahre 1931, eine Vereinbarung zwischen den Organen des Bundes und dem Ausschuss nicht zustande kam, dann hat die Regierung gegen den Willen des Ausschusses einfach das Parlament beschliessen lassen. Der Verband der städtischen Angestellten hat bei dieser Vorlage die Interessen des Personales mit grosser Wärme und Kraft verteidigt und bewirkt, dass die Vorschläge der Gemeindeverwaltung in finanzieller Hinsicht und in Bezug auf die Rechtsfragen ganz ausserordentlich eingeschränkt werden mussten.

Was die angeregte Verwaltungsreform betrifft, so müssen auch GR. Stöger wissen, in wie hohem Grade die städtische Verwaltung seit 1919 durch die verschiedensten Reformen den Volksbedürfnissen angepasst wurde. Die Geschichte von den ungekrönten Königen ist nicht ganz neu. Ein seinerzeitiges sehr bedeutendes Mitglied der Opposition hat sie schon vorgetragen. Dieses Mitglied der Opposition hat es inzwischen zum General gebracht, während ich ein einfacher Stadtrat geblieben bin. (Lobhafte Heiterkeit und Zustimmung bei den Soz. dem.) Wenn also schon solche Vergleiche gesucht werden, dann wäre vielmehr Anlass gegeben, die ungekrönten Könige nicht bei der Gemeinde Wien, sondern anderswo zu suchen. (Beifall bei den Soz. dem.) Die Ausführungen des GR. Stöger sind nichts anderes als der Versuch, an dem Feuer der Verhandlung dieser Vorlage die Parteisuppe zu kochen. Aber weder den städtischen Angestellten, noch dem Wiener Volk wird diese Suppe schmecken. Das Urteil darüber, ob die Austromarxisten zur Verwaltung unfähig seien, könne man ganz ruhig der Wiener Bevölkerung überlassen. Die Sozialdemokraten können bei allen Volksabstimmungen auf eine ständig ansteigende Wählerzahl hinweisen. Deshalb sollte ein christlichsozialer Vertreter mit einer solchen Behauptung etwas zurückhaltender sein. Dass die Sozialdemokratie auch ihre Pflicht als Opposition erfüllt, ist sicherlich ein Grund dafür, dass man diese Opposition im Bund ausschaltet. Als wahrer Demokrat könne Redner nur wünschen, dass die Christlichsozialen nicht nur in diesem Saal von den Rechten der Opposition Gebrauch machen, sondern auch an anderen Stellen dafür eintreten, dass auch im Bund wieder die Möglichkeit einer kontrollierenden Opposition geschaffen werde. Es hat den Anschein, als ob die Bundesregierung alles daransetzte, die Bezüge der städtischen Angestellten an die Bezüge der Bundesangestellten vollständig anzugleichen. Die Vorlage bedeutet auf diesem Wege einen sehr grossen Schritt. Der Redner könne dies nur bedauern, denn jeder höhere Bezug der Angestellten und Arbeiter liege im Interesse der Aufrechterhaltung eines ordentlichen Lebensstandards, und er könne dem Gemeinderat nur die Bitte unterbreiten, mitzuhelfen, dass der Bund nicht noch mehr auf die Gemeinde drücke, damit den städtischen Angestellten ihre Bezüge erhalten bleiben können. (Lobhafter anhaltender Beifall bei der Mehrheit.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IX. Blatt

Wien, am.....

Die Anträge des Referenten werden unter Ablehnung des Antrages Stöger zum Beschluss erhoben.

St.R.Dr. Danneberg berichtet sodann über die Massnahmen zur Herstellung des Gleichgewichtes im Haushalt der Gemeinde Wien im Jahre 1933. Er bemerkt hiezu: Diese Vorlage zeigt, dass die Herstellung des Gleichgewichtes im Gemeindehaushalt durchaus nicht nur, wie dies ein Oppositionsredner meinte, auf Kosten der städtischen Angestellten erfolgt. Die Verringerung der Personalkosten, die durch schwere Opfer der städtischen Angestellten und Pensionisten zustande kommt, macht für das heurige Jahr nicht mehr als 12'5 Millionen aus, sehr viel für die Angestellten, aber verhältnismässig sehr wenig für das Defizit der Gemeinde. Das Defizit im heurigen Gemeindehaushalt muss auf mehr als 60 Millionen S geschätzt werden. Wir haben uns im vergangenen Herbst bemüht, einen Voranschlag zu erstellen, der den Krisenverhältnissen Rechnung trägt, die Auswirkungen der Krise waren aber stärker, als wir sie damals in Anschlag gebracht haben. Diese Auswirkungen der Verschärfung der Krise auf den Gemeindehaushalt sind mit etwa 20 Millionen einzuschätzen. Das wäre immerhin ein noch bescheidener Rahmen, in dem sich das Defizit der Gemeinde halten würde. In abnormale Verhältnisse sind wir dadurch hineingekommen, dass die Bundesgesetzgebung in sehr scharfer Weise in die Gemeindefinanzen eingegriffen hat. St.R. Danneberg weist in diesem Zusammenhang zunächst auf die Beseitigung der Gewährleistungsklausel hin. Der Bund hat die geteilten Abgaben in ihrem Ertrag verfallen lassen und hat sich selbst neue Steuerquellen gesucht, deren Ertrag ihm allein zugute kommt. Dadurch war er imstande, den Kampf gegen sein Defizit erfolgreich zu führen, hat sich aber nicht darum gekümmert, was mit den Ländern und Gemeinden geschieht. Gerade unter diesen Umständen hätte die Gewährleistungsklausel ihre besondere Bedeutung gehabt. Aber gerade in dem Augenblick, als sie das erstemal hätte wirksam werden sollen, hat sie der Bund mit einer Notverordnung für das Jahr 1933 abgeschafft und zwei Tage vor einer Gerichtsverhandlung über die Auslegung dieser Klausel hat er sie auch für das Jahr 1932 beseitigt. Es soll hier nicht erörtert werden, wie das vom Standpunkt der Rechtsordnung aus zu beurteilen ist. Aber vom finanziellen Standpunkt allein hat diese Tatsache in der Zeit des Rückganges der geteilten Abgaben wachsende Bedeutung. Gerechnet nach dem Ergebnis des ersten Halbjahres 1933 verliert die Gemeinde durch den Wegfall der Gewährleistungsklausel 34'5 Millionen. Die geteilten Abgaben, die wir heuer vom Bund bekommen werden, werden weniger ausmachen, als im Jahre 1923. (Hört Hört b.d. Mehrheit) Wir sind hier also in der Entwicklung um ein volles Jahrzehnt zurückgeworfen. Man spricht oft davon, die marxistische Wirtschaft sei schuld daran, dass es der Gemeinde so schlecht geht. Hier ist ein Beispiel für den Rückgang bei den Bundessteuern. Dazu kommt die Uebertragung der Steuereinhebung an den Bund, die der Gemeinde gegenüber der budgetierten Einnahme einen Verlust von 2'8 an Gebühren gebracht hat. Der Bund hat der Gemeinde dazu noch 300 Beamte auf den Hals gelastet, denen er die Beschäftigung entzogen hat und hat 300 Beamte neu eingestellt, und für diese von der Gemeinde Instruktoren verlangt (Hört Hört b.d. Mehrheit). Es soll hier nicht gesprochen werden von der Belastung, die die Gemeinde durch das neue Krankenanstaltengesetz auf sich hat nehmen müssen. Lässt man die Auswirkung der Gewährleistungsklausel für 1932 ausser Betracht, so ergibt sich für das heurige Jahr durch die Massnahmen des Bundes ein Anfall für die Gemeinde von 40 Millionen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

X. Blatt

Wien, am _____

Berücksichtigt man, dass in den bereits beschlossenen Voranschlag ein Defizit von 1'7 Millionen enthalten war, dass die Gemeinde auf der einen Seite wohl Ersparungen machen, auf der anderen Seite aber Ueberschreitungen haben wird, wie bei der offenen Fürsorge und bei anderen Posten, so ergibt sich, dass sich das Defizit im heurigen Jahr zwischen 60 und 65 Millionen bewegen wird. Auch der Bund ringt mit seinem Defizit und sucht es zu bekämpfen. Tut die Gemeinde dasselbe, dann spricht man von dem Zusammenbruch der Gemeindegewirtschaft, von dem Zusammenbruch der Breitnerlei, von inkarnierter Brutalität, von Verbrechen und dergleichen. Es steht insbesondere der chr. soz. Opposition nicht an, in solchen Worten über das Defizit der Gemeinde zu reden, da schliesslich die Bundesregierung, die durch ihre Massnahmen zwei Drittel dieses Defizits herbeigeführt hat, der Chr. soz. Partei nahesteht, da die Tendenzen dieser Regierung den lebhaftesten Beifall der Opposition im Gemeinderat finden. Wer der Gemeinde Dutzende Millionen wegnimmt, darf sich dann nicht wundern, dass sie ihr fehlenden Zauberer sind wir schliesslich auch nicht. Mein Vorgänger im Finanzressort hat noch über grosse Kassenbestände verfügt, Man hat ihn einen Räuber genannt, weil er Steuern eingenommen und dabei zeitweilig Ueberschüsse gehabt hat. Heute haben wir leider keine Ueberschüsse und keine Kassenbestände, sondern wie alle anderen öffentlichen Körperschaften ein Defizit. Heute gefällt Ihnen auch dieses Defizit nicht und Sie nennen das den Ausfluss einer unfähigen und bankeröthten Verwaltung, Man kann es der Opposition nicht recht machen. Aber darauf kommt es nicht an. Denn die Auffassung der Opposition über die Kassenbestände hat die Mehrheit der Wiener Bevölkerung nicht überzeugen können, und ich glaube sehr, dass auch ihre Anschauung über das Entstehen des Defizits der Gemeinde und seine Bekämpfung ebenfalls nicht die Mehrheit der Wiener Bevölkerung für sich gewinnen wird. Wir müssen also Massnahmen treffen, um das Defizit zu decken. Unter den 360 Millionen, die der Voranschlag an Ausgaben ausweist, sind 181 Millionen, das heisst die Hälfte Personalkosten. Wenn wir von den 60 Millionen Defizit nur 12'5 Millionen bei den Personalkosten ^{also} die/die volle Hälfte der gesamten Ausgaben ausmachen, bereinzubringen versuchen, so kann man wohl nicht sagen, dass das eine inkarnierte Brutalität ist, sondern muss zugeben, dass die Gemeinde auf diesem Gebiet wohl nur ein Minimum von ihrem finanziellen Standpunkt aus verlangt hat.

St. R. Danneberg geht sodann die einzelnen Gruppen der sachlichen Ausgaben durch. Was die Schul^{ausgaben} betrifft, so sind hier von 70 Millionen 64 Personalausgaben. Wer an der Schule sparen will, muss also vor allem an Personal zu ersparen versuchen. Die so oft kritisierte Ausgabe von unentgeltlichen Lehrmitteln macht etwa eine Million aus. Im Jahre 1933, wurde für diese Zwecke nahezu 500.000 Goldkronen ausgegeben. Angesichts der heutigen Krise könnten dann nicht mehr als etwa 200.000 S erspart werden, ein Betrag, der nicht in Betracht kommt. Auch die Opposition wird nicht verlangen, dass die ganze Schulreform rückgängig gemacht wird, aber selbst wenn man das wollte, würde man etwa 100 Lehrer ersparen, die pensioniert werden müssten. Auf dem Gebiete des Schulwesens kann also so gut wie nichts erspart werden. Was die Fürsorge betrifft, so haben die chr. soz. Gemeinderäte in einer Eingabe an den Bürgermeister dargelegt, was hier erspart werden könnte. Es soll hier nicht davon gesprochen werden, was von diesen Vorschlägen für die Mehrheit aus weltanschaulichen Gründen nicht annehmbar ist und auch davon nicht, dass vieles an den Berechnungen der Eingabe nicht stimmt. Aber selbst wenn alles was in der ^{Eingabe} verlangt würde,

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XL Blatt

Wien, am.....

würden etwa 6 Millionen, das ist ein Zehntel des Fürsorgebudgets, erspart werden können. Dieser Betrag ergibt sich aber nur dann, wenn man nicht berücksichtigt, dass das freiwerdende Personal in die andere Verwaltung der Gemeinde übernommen werden müsste. Berücksichtigt man auch dies, so schrumpft die Ersparung auf 4 oder 3 Millionen zusammen.

An den anderen technischen und wirtschaftlichen Posten des Budgets sind Drosselungen im weitesten Umfange vorgenommen worden und weitere Drosselungen nicht mehr möglich.

Am Wohnhausbau können Ersparungen im heurigen Jahr nicht mehr empfohlen werden, weil der Ertrag der Wohnbausteuer von heuer durch die vollen Baukosten, der Bauten, die im Gang sind, aufgezehrt sind. Es wurde heute vom Abg. Stöger unter Hinweis auf die Wohnhausbauten der Gemeinde gesagt, es sei das ein Bauwahnsinn. Wie man darüber so reden kann, ist nicht zu verstehen, wo die Regierung von ein paar Tagen in einem amtlichen Communiqué zugegeben hat, dass nach Mittel- und Kleinwohnungen noch immer Nachfrage besteht. Im Gegensatz zum GR. Stöger muss man vielmehr erklären, dass das ganze Baugewerbe in Wien, dieses Schlüsselgewerbe, von dem die Belebung aller anderen Gewerbe ausgeht, ganz darniederliegen würde, wenn die Gemeinde ihre Bauten hinstellen würde.

Auf allen diesen Gebieten ist nichts zu ersparen. Das heisst, die Gemeinde muss, soweit sie das Defizit nicht aus einer Verringerung der Personalkosten decken kann, -wogegen sich die chr. soz. Partei auch mit allen möglichen starken Worten geäussert hat- das Defizit auf anderem Weg zu decken versuchen. Die normale Form der Deckung des Defizits, die der Bund wählt, besteht ausser in Ersparungen in neuen Steuern, in Steuererhöhungen und neuen Anleihen. Diese Wege gehen wir nicht. Wir wollen die Bevölkerung nicht neu belasten, zumal der Bund die Auffassung vertritt, Steuererhöhungen sein ihm selbst vorbehalten, allenfalls noch chreso. verwalteten Ländern, dem Land Wien und das aber nicht erlaubt. Da hat z. B. der Bund in den letzten Tagen die Tabakpreise erhöht, wovon man sich im Jahr eine Mehreinnahme von 18 Millionen erwartet. (Lebh. Hör. Hörtrufe b. d. Mehrheit). Von diesen 18 Millionen kommt ein reichliches Drittel aus Wien. Was würde man sagen, wenn wir eine Steuervorlage einbrächten, die 6 bis 8 Millionen Ertrag hätte. Wir wollten uns mit einer Anleihe behelfen, aber der Bund lässt das nicht zu, weil er mit der Kürzung der Gemeindecinnahmen zwei politische Ziele verfolgt: die Einstellung der Wohnhausbauten, die er im Interesse der Hausherrn herbeiführen will, und die Kürzung der Personalkosten der Gemeinde auf das Bundesausmass herunter.

In dieser ausserordentlichen Lage bleibt uns nichts anderes übrig, als zu ausserordentlichen Massregeln zu greifen. Die Gemeinde hat noch einmal, das letztmal die Gelegenheit, so ausserordentliche Mittel zu wählen. Wir beantragen, dass die Rücklagen aufgelöst werden, die die Gemeinde auf verschiedenen Verwaltungsgebieten angesammelt hat, mit Ausnahme der Mietzinse der neuen Wohnhausbauten. Ferner legen wir dem städtischen Unternehmen, das in der besten wirtschaftlichen Situation ist, ein Opfer auf, indem seine Reserven zur Deckung des Gemeindefizits herangezogen werden.

Ich verhehle mir nicht, und ich sage es ganz offen, dass wir im Herbst bei Aufstellung des Voranschlags für das nächste Jahr in einer ausserordentlich schwierigen Lage sein werden. Denn die Steuereingänge werden im nächsten Jahr nicht grösser sein als heuer. Das heisst, wir müssen mit dem Defizit rechnen, das wir heuer haben, ja mit einer Vergrösserung des

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XII. Blatt

Wien, am _____

denn im heurigen J^hr haben wir ca 15 Millionen Eⁱnnahmen, die sich im nächsten J^hr nicht wiederholen werden, sodass wir mit einem Defizit von etwa 80 Millionen für das nächste J^hr rechnen müssen, dem die Gehaltskürzung gegenübersteht, die wir heute beschlossen haben und die für ein ganzes J^hr 25 Millionen ausmacht, sodass noch immer 55 Millionen zur Bedeckung übrigbleiben, eine ausserordentlich schwierige Aufgabe, vor die die Gemeinde gestellt sein wird. Wir werden hoffentlich erfolgreich versuchen können, mit diesem Defizit fertig zu werden. Ich scheue mich nicht, das alles mit dem nötigen Nachdruck und Ernst vor der ganzen Oeffentlichkeit auszusprechen. Denn die ganze Oeffentlichkeit soll wissen, wie ernst die finanzielle Lage ist und insbesondere soll sich die Bundesregierung über den Ernst nicht täuschen. Es ist vielleicht nützlich, wenn der Gemeinderat heute, da er diese Massnahmen beschliesst, auch in einer Entschliessung der ganzen Oeffentlichkeit und der Bundesregierung seine Meinung über diese Dinge sagt. Bei der finanziellen Lage, in der sich der Bund selbst befindet, ist die Besorgnis nicht von der Hand zu weisen, dass ^{noch nicht} alle die Pläne, der Gemeinde Wien Gelder wegzunehmen, aufgegeben sind. Ich möchte daher vorschlagen, folgende Entschliessung anzunehmen:

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIII. Blatt

Wien, am.....

„E n t s c h l i e s s u n g .“

Der Gemeinderat erhebt im Namen der ganzen Wiener Bevölkerung seine warnende Stimme gegenüber allfälligen Plänen der Bundesregierung, den ohnedies überlasteten Gemeindehaushalt durch neuerliche finanzielle Massnahmen noch mehr zu gefährden.

Im Interesse der Wiener Steuerzahler, von denen allfällige neue Einbussen der Gemeinde hereingebracht werden müssten; im Namen der Arbeiter und Angestellten der Gemeinde Wien und ihrer Pensionisten, deren Lebenshaltung zerstört würde; im Namen der Arbeitslosen und des Gewerbes, deren Schicksal vielfach von der Arbeitsbeschaffung der Gemeinde abhängt; im Namen der Fürsorgebedürftigen, deren Zahl infolge der Verschlechterung der Arbeitslosenfürsorge fortwährend wächst, fordert die Bundeshauptstadt Wien Beachtung ihrer Lebensinteressen durch die Bundesregierung.

Der Gemeinderat stellt fest, dass jede Schädigung des Kredites der Gemeinde Wien zugleich eine schwere Schädigung ganz Oesterreichs bedeuten würde.“

Es gibt auch heute noch Menschen, die darüber frohlocken, wenn es der Gemeinde schlecht geht. Diese Leute täuschen sich. Denn das Schicksal der Gemeinde ist nicht zu isolieren von dem Schicksal seiner Bewohner und von dem Schicksal des ganzen Bundes. Darum sollen die Zusammenhänge, die da bestehen, erkannt werden. Unsere Pflicht ist es, uns zu mühen, das Gleichgewicht im Gemeindehaushalt aufrecht zu erhalten. Aber die anderen dürfen uns das nicht unmöglich machen. Für heuer sind wir imstande, das Gleichgewicht herzustellen. Wir werden im Herbst vor einer noch schwierigeren Situation stehen. Wir wollen hoffen, dass es gelingt, auch dann diese schwierige Situation zu meistern (Lobh. Beifall b. d. Mehrheit).

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XIV. Blatt

Wien, am.....

St. Rtin. Dr. Motzko (christl. soz.) führt aus, der Referent habe sich darin gefallen, wider aller Welt darzutun, dass an allen Schwierigkeiten der Gemeinde der böse Bund schuld sei. Es sind ihm aber dabei einige kleine Fehler unterlaufen. Er hat vor allem vergessen, dass die Hauptursache für die reduzierten Einnahmen aller Gebietskörperschaften die zurückgegangene Wirtschaftskraft der Bevölkerung ist, er hat auch vergessen, anzuführen, dass die 14 jährige Verwaltung der Sozialdemokraten sehr viel dazu beigetragen hat, die Wirtschaftskraft dieser Bevölkerung zu vernichten. Der Referent hätte auch zugeben müssen, dass die Aufrechthaltung des Gleichgewichtes im Bundeshaushalt für die Allgemeinheit noch wichtiger ist als das Ringen der Gemeinde Wien mit dem Defizit, denn hinter dem Haushalt des Bundes steht immer der Wert und Bestand der Währung. Sie haben auch an das kühne Aufbauwerk vergessen, das der grösste Mann Oesterreichs trotz allen Widerständen geschaffen hat, Sie haben vergessen, dass auch der Bestand des Wiener Haushaltes lediglich dem Sanierungswerk Dr. Seipel's zu verdanken ist (Beifall bei den Christl. soz.), und der Dank, den Ihre Partei diesem Manngboten hat, bleibt in der Weltgeschichte verankert als eines der schmachvollsten Kapitel in der Geschichte der sozialdemokratischen Partei.

Wenn der Referent darauf verwiesen hat, dass der Bund durch neue Steuern sich leicht helfen kann, so hätte er auch erwähnen müssen, dass der Bund sich immer bemüht, nur solche Belastungsmassnahmen durchzuführen, die immerhin einen gewissen Luxus treffen, wie zum Beispiel die Verteuerung der Tabaksorten, aber nicht die präzisesten Lebensbedürfnisse des Volkes. Der Referent hätte auch sagen müssen, dass der Bund Verpflichtungen zu erfüllen hat, denen er sich nicht entziehen kann,

während es sich bei der Gemeinde vielfach um freiwillige Leistungen handelt. Wenn man über diese Dinge spricht, soll man ehrlich sprechen, aber nicht immer nur aus der Froschperspektive der sozialdemokratischen Partei. (Lebhaftige Zustimmung bei den Christl. soz.)

Der Referent hat sich dann im einzelnen mit den budgetären Verpflichtungen der Gemeinde befasst und sich darzustellen bemüht, dass man auf diesen Gebieten keine Ersparungen machen könne. Was das Schulbudget anbelangt, so ist niemals von einem Vertreter unserer Gruppe das Verlangen gestellt worden, die Anzahl der Lehrpersonen zu vermindern.

Wir haben im Gegenteil aus sachlichen Gründen des Schulbetriebes und aus sozialen Gründen im Hinblick auf das notorische Junglehrerelend immer Neueinstellungen verlangt. Wohl aber stellen wir nach wie vor die Forderung auf, dass Sie nicht mehr Schulbücher an die Kinder reicher Eltern verschwenden. Es ist nicht richtig, dass das nur Lappalien sind. Sie könnten aus diesem Titel 700.000 bis 800.000 Schilling ersparen. Eine weitere Erpparnis wäre bei der nach Anlage und Betrieb kostspieligen und luxuriösen Kinderanstaltsfürsorge möglich. Wenn man die Anstaltsfürsorge in eine freiwillige Fürsorge verwandelte, könnte man bei gutem Willen mehr als 6 Millionen herausholen. Es hat sich auch niemand gegen den Bau von Wohnungen an sich gewendet. Aber dass Sie diese Wohnungen seit Jahren bauen unter rücksichtsloser Ausschöpfung des Betriebs- und Wohnkapitals der freien Wirtschaft, das ist der Wahnsinn, den wir immer bekämpfen werden. (Beifall bei den Christl. soz.)

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XV. Blatt

Wien, am.....

Heute möchten Sie den Anleiheweg gehen, nicht einmal zur Finanzierung des Wohnbauprogramms, sondern zur Deckung Ihrer Schulden. Es ist selbstverständlich, dass sich der Bund in diesem Augenblick den Weg zu seiner Anleihe nicht verrammeln lassen kann. Sie müssen endlich einmal aufhören, grosse Geldbeträge in wirtschaftlichen Experimenten festzulegen, die wir als nichts anderes betrachten können, denn als einen Versuch, die freie Wirtschaft zu konkurrenzieren und einer Vollsozialisierung zuzuführen. Die Gemeinde Wien hat beispielsweise schon im Jahre 1929 darauf gedrängt, dass eine Kapitalserhöhung bei der Wök durchgeführt werde, und hat den Bund vor die Alternative gestellt, entweder die Kapitalserhöhung mitzumachen oder sich seines Einflusses auf die Wök zu begeben. Hätte der Bund das getan, so wäre Ihnen die Wök schon seit 1929 ein bereitwilliges Instrument gewesen, das Gastgewerbe der Vollsozialisierung zuzuführen. Ganz unverantwortlich ist es, wenn das Fachblatt der sozialdemokratischen Gastwirte nun den Mut hat, die Wök-Angelegenheit dem Bunde anzulasten und zu schreiben, dass die Christlichsozialen ja in der Verwaltung der Wök sitzen und fette Pfründen einstecken. Ich als die einzige Vertreterin der Christlichsozialen in der Wök stelle fest, dass diese Behauptung völlig aus der Luft gegriffen und eine niederträchtige Verleumdung ist. (Zustimmung bei den Christl. soz.) Solange Sie nicht den ernstesten Willen haben, Ihr System vom Grund auf zu ändern, kann man Ihre Verwaltung nicht ernst nehmen und ich sage es noch einmal im vollen Bewusstsein der Verantwortung, die ich trage: Wenn Sie nicht im Stande sind, in diese Verwaltung Ordnung zu bringen, dann gibt es nur einen Ausweg, den Staatskommissär! (Lebhafte Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten. - G. Rtin Deutsch-Kramer: Schämen Sie sich! - GE. Beisser: Eine Schamlosigkeit ist das!) Solange Sie nicht von Ihren Irrwegen abgehen, können wir für Ihre Vorlagen nicht stimmen. (Lebhafter Beifall bei den Christl. soz.)

St. R. Dr. Danneberg erklärt, er habe die Absicht gehabt, auf einige Ausführungen der Vorrednerin zu erwidern, obwohl sie nur Argumente vorgebracht hat, die man schon öfters gehört habe. Aber gegengehe eine solche Gesinnung, wie sie St. Rtin Dr. Motzko am Schluss geäußert hat, polemisiert man nicht; daher unterlasse er es. (Lebhafter Beifall bei den Soz. dem.)

Bei der Abstimmung werden Antrag und Entschliessung des Referenten angenommen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

Wien, am _____

XVI

Vizebgm. Emmerling referiert über den Antrag betreffend den Umbau der Reichsbrücke. Er erinnert daran, dass die erste Anregung zum Umbau der Reichsbrücke vom Bürgermeister Seitz im Jahre 1928 in einem Schreiben an den damaligen Handelsminister Dr. Schürff gegeben wurde. Seit dieser Zeit fanden in der Angelegenheit ununterbrochen Verhandlungen mit dem Bunde statt, und erst im vorigen Jahre war es möglich, die Grundlage für einen Vertrag zwischen Bund und Gemeinde zu finden. Die Beitragsleistung der Gemeinde wird 32,2 Prozent betragen. Die gesamten Kosten werden auf etwas über 26 Millionen geschätzt. Nachdem von den Technikern des Bundes und der Stadtbauamtes ausgearbeiteter Entwurf wird die Fahrbahn der Reichsbrücke 16,5 Meter breit sein, ausser zwei Geleisen der Strassenbahn die in die Mitte verlegt werden, wird es auf beiden Seiten je zwei Fuhrwerksreihen geben. Es wird eine Bauzeit von 4 Jahren angenommen. In dieser Zeit soll der Verkehr zur Not aufrechterhalten werden. Beim Bau der Reichsbrücke werden ca. 1000 Menschen in den verschiedensten Formen Beschäftigung finden. Nach dem Entwurfe wird die Reichsbrücke in ihrer neuen Gestalt eine Zierde unserer Stadt sein.

GR. Dr. Zörnlaib begrüsst den vorliegenden Entwurf und spricht die Hoffnung aus, dass nun bald die Reichsbrücken miss'ere ihr Ende finden wird. Bedauerlich ist es nur, dass der Antrag so spät im Gemeinderat verhandelt wird. An dieser Verspätung trifft nicht zuletzt den früheren Finanzreferenten die Schuld, der in Verkennung der Bedeutung der Reichsbrücke für Wien ihren Umbau sabotiert und den Bund zu zwingen versucht hat, die Kosten ganz zu leisten. Wir wünschen, dass der Bau schnellstens durchgeführt wird, wobei bei der Auswahl der Entwürfe und bei den Bestellungen Prestigefragen keine Rolle spielen dürfen. Bedenken haben wir vor allem in der Beziehung, dass es an einem Finanzübereinkommen fehlt. Angeblich will die Gemeinde die Raten auf viele Jahre hinaus erstrecken, was zu einer Verteuerung des Baues führen müsste. Das schwerste Bedenken haben wir dagegen, dass die Beiträge der Gemeinde aus den Einnahmen der Strassenbahn aufgebracht werden sollen. Hier will man sich offenbar einen Vorwand für eine Tarifierhöhung schaffen, wogegen wir uns auf das schärfste verwahren. Der Redner beantragt, dass der Beitrag der Gemeinde zur Gänze von der Hoheitsverwaltung getragen werden solle und erklärt, dass seine Partei, wenn dies im Antrag nicht zugestimmt würde, gegen diesen Punkt des Übereinkommens im übrigen aber für das Übereinkommen stimmen werde (Beifall b. d. Chr. soz.).

GR. Hörmayer (chr. soz.) erklärt ebenfalls, dass der Beginn des Umbaus der Reichsbrücke durch die Haltung der Wiener Gemeindeverwaltung verzögert worden sei, worauf Vizebgm. Emmerling in seinem Schlusswort feststellt, dass Bürgermeister Seitz schon am 14. Juni 1928 an den damaligen Handelsminister Dr. Schürff ein Schreiben gerichtet habe, in dem er auf die Notwendigkeit der Regelung der Reichsbrückenfrage verwies und auch die Bereitwilligkeit der Gemeinde zur Kostentragung zum Ausdruck brachte. Die Gemeinde habe sich immer wieder bemüht, die Reichsbrückenfrage so rasch als möglich zu lösen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
FRANZ XAVER FRIEDRICH

XVII. Blatt

Wien, am _____

Der Referentenantrag wird unter Ablehnung des GR.
Zörnlaib angenommen.

Es folgt die Behandlung eines ^{Antrages} dringlichen der
G. Rtin Motzko und Genossen, in der unter Hinweis auf die Aufhebung des
Erlasses des Unterrichtsministeriums vom 10. April 1919, wodurch die durch
diesen Erlass ausser Kraft getretenen §§ 10, 63, 74 und 191 der Schul- und
Unterrichtsordnung wieder in Geltung getreten seien, vom Bürgermeister ver-
langt wird, er möge unverzüglich an den geschäftsführenden Präsidenten
des Stadtschulrates die Weisung ergehen lassen, dass die konfessionslosen
Schulleiter so rasch als möglich von ihrem Posten enthoben und diese
Stellen mit katholischen Lehrpersonen ersetzt werden.

G. Rtin Dr. Motzko bezeichnet es in einer Begründung ^{der Dringlichkeit} des An-
trages als eine unetragliche Provokation für die katholische Schul-
jugend und die katholische Elternschaft, dass kein konfessionsloser Schu-
lleiter die Ueberwachung der Kinder bei den religiösen Uebungen durch-
föhren soll. Es handelt sich hier um die Wiedergutmachung eines alten
Unrechtes.

Bürgermeister Saitz bemerkt, er habe gezögert, auf diesen
Dringlichkeitsantrag überhaupt einzugehen, weil er sich nicht dem Verdacht
aussetzen wolle, sich mit jemanden in eine Polemik einzulassen, der
den Rechtsbestand des Wiener Gemeinderates negiert. In dem Dringlichkeits-
antrag ist aber eine ganz unwahre Behauptung enthalten, und aus diesem
Grunde sehe er sich gezwungen, darauf zurückzukommen. Es muss festgestellt
werden, dass nirgends die Beaufsichtigung religiöser Uebungen von Schul-
kindern durch Lehrpersonen, die einen anderen oder keinen Glaubensbekennt-
nis angehören, erfolgt. Das würde dem Artikel 48 des Reichsvolksschulge-
setzes widersprechen. Wenn ein solcher Fall bekannt wird, möge ihn zur Anzeige
bringen, der Stadtschulrat wird sofort dagegen einschreiten. Die Zumutung,
ich möge eine Weisung erteilen, damit konfessionslose Schulleiter so rasch
wie möglich von ihren Posten entfernt werden, muss ich ablehnen. Das Gesetz
gibt hierzu keine Möglichkeit. Ich bin auch weder willens noch in der Lage,
geltende Gesetze durch Verfügungen oder Anordnungen zu ändern. Ich habe
auf die Verfassung ein Gelöbnis geleistet und werde die Verfassung halten.
(Stürmischer Beifall b. d. Spz. dem.) Die Verfassung regelt alle Konfessions-
fragen in einer eindeutigen Weise und es wird niemandem gelingen, mich von
dem Boden der Verfassung abzudrängen. Gerade in einer Zeit, in der es so
häufig vorkommt, dass man mit allerhand Auslegungskünsten den klaren
Anordnungen der Verfassung widerspricht, dass man geltende Gesetze oft
in verfassungswidriger Weise ausser Kraft setzt, ist es Pflicht jedes
öffentlichen Verwalters sich streng an sein Amtsgelöbnis und an die gel-
tenden Gesetze zu halten. Deshalb lehne ich eine solche Zumutung ab. (Stür-
mischer Beifall b. d. Mehrheit.)

Schluss der Sitzung 22 Uhr 40.

Bogenabfertigung 22 Uhr 50.